



3.1 Alles ist politisch!

Kompetenz-Check

	vor dem Kapitel ...		nach dem Kapitel ...	
	x	✓	x	✓
Ich kann anhand von Beispielen erklären, inwiefern mich Politik betrifft.				
Ich kann begründen, warum die Demokratie eine lebenswerte Herrschaftsform ist.				
Ich kann verschiedene Staats- und Regierungsformen anhand von Beispielen erläutern.				
Ich kann einige aktuelle Problemfelder der Demokratie benennen und über mögliche Lösungen Auskunft geben.				

Angenommen, Sie wollen mit Freundinnen und Freunden ein Brettspiel spielen: Dazu müssen Sie zuerst die Regeln kennen. Bei Regelfragen wird die Spielanleitung Auskunft geben. Sollte dennoch etwas unklar bleiben, entscheiden Sie und Ihre Mitspieler gemeinsam über eine Lösung. Schummelt ein Spieler, werden Sie sich Sanktionen überlegen.

Ganz ähnlich funktioniert auch unsere Gesellschaft: Wir geben uns Regeln – diese werden als Gesetze bezeichnet –, damit das Zusammenspiel funktioniert. Regelverletzungen werden ebenfalls nach geltenden Gesetzen geahndet. Die Gesetze werden von Volksvertreterinnen und Volksvertretern beschlossen, die von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gewählt werden. Dass Demokratie aber mehr als ein Spiel ist, darum geht es auf den folgenden Seiten.



Die vielen Bilder des Politischen:

Sehen Sie sich die Bilder auf der linken Seite an – was haben sie mit Politik zu tun? Welche politischen Felder, Probleme und Erwartungen werden angesprochen? Was ist Ihre Meinung zu den damit verbundenen Positionen?

Umfrage: Politisch interessiert?

Immer wieder hört man, dass Österreicherinnen und Österreicher besonders wenig Interesse an Politik hätten. Erstellen Sie, ev. auch mit elektronischen Tools (*tevalo.at*, *kahoot.it*, *mentimeter.com*) eine Umfrage in der Klasse. Wie und wo informieren sich Ihre Mitschülerinnen und Mitschüler über Poli-



Reizthema: Bettelverbot in Städten

Welche Bereiche interessieren Sie besonders, welche überhaupt nicht? Inwieweit sind Ihre Eltern bestimmend für die eigene politische Meinung? Diskutieren Sie die Ergebnisse.

Konflikt und Debatte:

Wählen Sie ein beliebiges strittiges Thema (Fußgängerzone im 1. Bezirk, Schuluniformen, Schulstart ab 9 Uhr ...). Erheben Sie die Meinungen in der Klasse. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion sollen mehrere Schülerinnen und Schüler konträre und besonders deutliche Positionen vertreten. Bestimmen Sie eine Diskussionsleiterin bzw. einen Diskussionsleiter sowie eine Protokollantin oder einen Protokollanten. Am Ende der Diskussion wählt die Klasse die überzeugendsten Rednerinnen und Redner.

Politikexpertinnen und Politikexperten:

Erstellen Sie ein Quiz (auf Papier, *socrative.com*, *kahoot.it*) über politisches Fachwissen: Politikerinnen und Politiker, Regierungsformen von Ländern, die Namen österreichischer Ministerinnen und Minister, Parteien und ihre Positionen. Fragen Sie dann Ihre Klasse ab, um zu erfahren, was für wissenswert erachtet wird.

Ein Thema, viele Ansichten:

Demokratie lebt von Meinungsvielfalt. Geben Sie ein Themavor und sammeln Sie anschließend die Meinungen in Ihrer Klasse – etwa mit *Post-its*, an der Tafel oder auf Plakaten. Sie werden überrascht sein, wie vielfältig und unterschiedlich die Positionen sind.



Reizthema: Rauchverbot in Lokalen

Projektidee Zeit im Bild:

Recherchieren Sie für einige Wochen in der Klasse selbstständig aktuelle politische Themen. Berichten Sie in der Klasse immer wieder kurz darüber. Zum Projektende bereiten Sie Redebeiträge vor, in denen Sie überblicksmäßig über die wichtigsten Entwicklungen der letzten Wochen berichten. Ordnen Sie die Beiträge nach Ressorts (Innenpolitik, Außenpolitik etc.) und filmen Sie eine kurze *Zeit im Bild*-Nachrichtensendung.

Meinungen, Einstellungen, Werte – politische Kultur

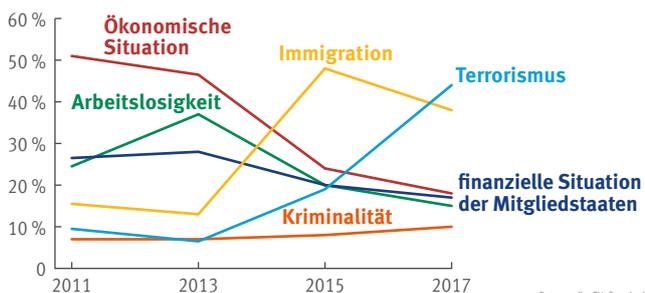
Politik – eine Begriffsbestimmung: Das Wort Politik stammt aus dem Griechischen (*polites* = Bürger der Polis) und bezeichnete in der Antike all das, was die Bürger einer Stadt betraf und damit von öffentlichem Interesse und für alle Bewohnerinnen und Bewohner wichtig war. Auch heute verstehen wir unter Politik die Umsetzung bestimmter Interessen, die das öffentliche Leben betreffen, in Form von möglichst allgemein anerkannten Regelungen, die am Wohle aller orientiert sind. Wenn über Politik gesprochen wird, werden eine oder mehrere Dimensionen des Worts gemeint: Unter **polity** versteht man den Rahmen, Systeme und Strukturen (= Institutionen, Gesetze etc.), die Politik möglich machen. Unter **politics** fallen die Prozesse, die Politik umsetzen (z. B. Wahlen, Lobbyismus). Der Begriff **policy** umfasst die inhaltliche Seite von Politik (z. B. Außenpolitik, Schulpolitik).

Dimension	Faktoren (Grundbegriffe)	
polity (Form)	<ul style="list-style-type: none"> • Verfassung • Menschenrechte • Staat 	<ul style="list-style-type: none"> • politische Kultur • politisches System • Institution
policy (Inhalt)	<ul style="list-style-type: none"> • Problem • Programm 	<ul style="list-style-type: none"> • Erfolg
politics (Prozess)	<ul style="list-style-type: none"> • Interesse • Akteur • Konflikt 	<ul style="list-style-type: none"> • Konsens • Macht • Legitimation

Demokratie bedeutet Wert- und Meinungsvielfalt: Wir alle haben Wertvorstellungen. Diese Vorstellungen werden etwa durch unsere persönlichen Erfahrungen, durch Traditionen, Religion und durch die Gesellschaft geprägt. Diese Wertvorstellungen weichen mitunter stark von den Vorstellungen anderer ab. Da der Mensch ein soziales Lebewesen ist, der die Gemeinschaft anderer Menschen sucht, kommt es zwangsweise zum Aufeinanderprallen unterschiedlicher Ansichten. Wie Wertkonflikte umgesetzt, diskutiert und ausgetragen werden, ist eine Frage der politischen Kultur.

Welche sind momentan die zwei dringlichsten Herausforderungen für die EU?

Antworten: Jahres-Ø in %; 2 Antworten Maximum, sechs häufigste Antworten



Das Eurobarometer erhebt die Meinung der EU-Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichen Themen.

Demokratie, autoritäre Systeme und politische Kultur: Unter der Bezeichnung **politische Kultur** versteht man, wie Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben gestalten. Die Konzepte der Demokratie und des autoritären Staats sind zwei sehr unterschiedliche Auffassungen von einem gelungenen Staat: In vielen, v. a. westlichen Staaten verbinden die Menschen mit der Vorstellung eines gelungenen Zusammenlebens den demokratischen Staat. Trotz individueller Werte der einzelnen Bürgerinnen und Bürger werden Werte wie Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung allgemein anerkannt. Der Staat akzeptiert die Verfassung und die Grundrechte, die für alle gelten. Die Menschen vertrauen ihren Institutionen (Polizei, Rechtsprechung etc.) und halten sich an die von ihnen erlassenen Regelungen und Entscheidungen. Die politische Macht ist auf mehrere „Mitspieler“ (Legislative, Judikative, Exekutive) aufgeteilt, die sich ihrerseits an Regeln halten müssen. In autoritären Systemen liegt die politische Macht hingegen bei einer Person oder einer Personengruppe. Nicht Freiheit, sondern Zwang bestimmt den politischen Alltag. Meinungs- und Wertevielfalt werden unterdrückt. Bürgerinnen und Bürger müssen sich nach dem richten, was der Staat als richtig und wichtig vorschreibt.



Demokratie lebt vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Fast die Hälfte der Österreicherinnen und Österreicher ist ehrenamtlich tätig.

Mitbestimmen – Mitgestalten: Eine demokratische Kultur ist auf Meinungsvielfalt, gegenseitiges Verständnis und Toleranz angewiesen. Ein aktives **demokratiepolitisches Leben** zeigt sich nicht nur in der Wahlbeteiligung (z. B. Nationalratswahlen). Demokratische Mitbestimmung – man spricht auch von **partizipatorischen Elementen** – findet sich überall: Egal ob in der Schule (Klassensprecher- oder Schulsprecherwahl, Elternvertretung), in der Freizeit (ehrenamtliche Tätigkeiten, Vereinsrecht) oder in Unternehmen (Aktiengesellschaften: Wahl des Aufsichtsrats, Betriebsratswahlen). Die Werte einer demokratischen Kultur lassen sich leicht leben. Die Freude an sachlicher Argumentation, Mitbestimmung und Diskussion kann Teil des familiären Zusammenlebens, des Grätzls, der Gemeinde oder der Firma, für die man arbeitet, sein. Und damit lohnt es sich auch, sich für Politik zu interessieren.

3.1.1 Planetenspiel – Meinungsvielfalt und Fremdverstehen !▲➤

Bei diesem Planspiel müssen vier außerirdische Völker gemeinsam ein Raumschiff bauen. Allerdings sind deren Lebenswirklichkeiten und Werte teilweise völlig verschieden – wird es gelingen, eine für alle zufriedenstellende Lösung zu finden? Die Spielanleitung und Spielregeln für das Planspiel finden Sie auf Seite 62.

3.1.2 Politische Entscheidungen bewerten !✘

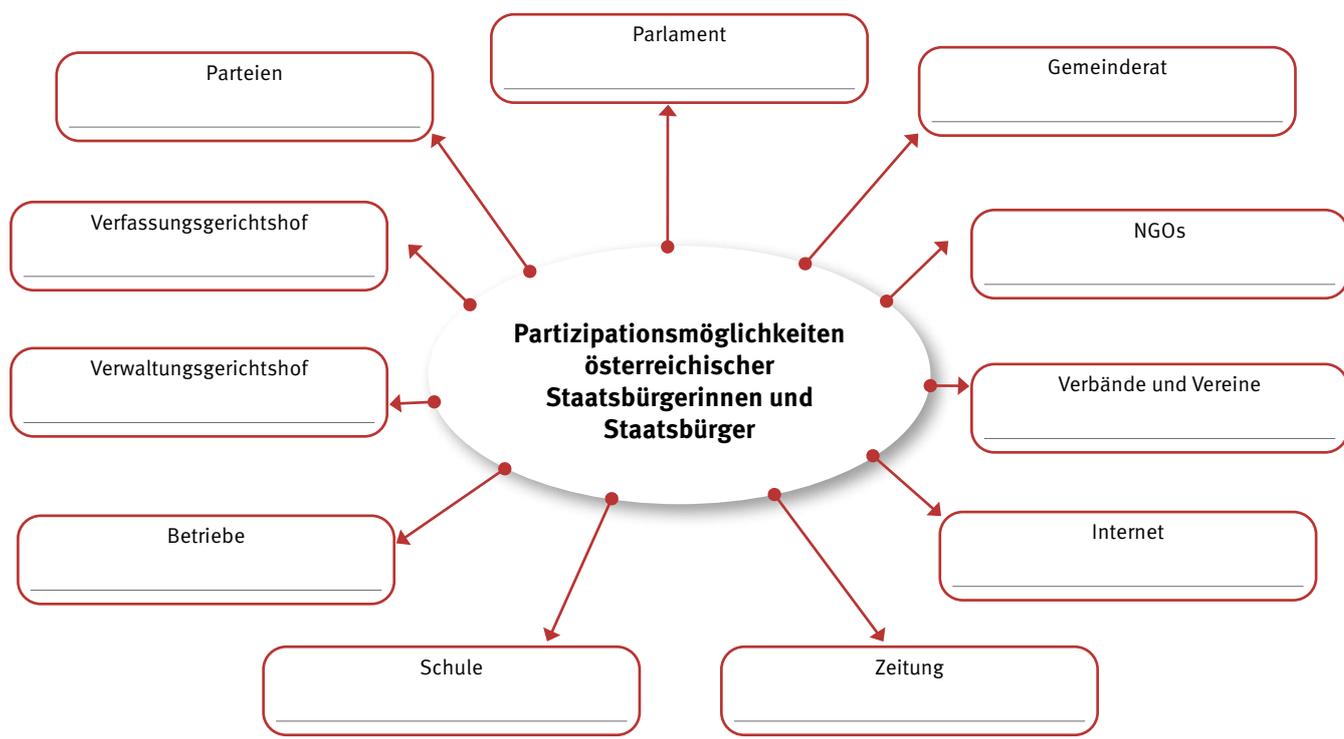
Diskutieren Sie die Vor- und Nachteile der politischen Entscheidungen (siehe Tabelle) für bestimmte Interessensgruppen. Gibt es Entscheidungen, die für alle nur Vorteile bringen?

Empfehlen Sie Maßnahmen, um die hier dargestellten politischen Entscheidungen möglichst zufriedenstellend für alle Bürgerinnen und Bürger zu regeln.

Welcher Nachteil für welche Gruppe?	Entscheidung	Welcher Vorteil für welche Gruppe?
	Kürzung des Arbeitslosengelds	
	Abschaffung der Krankenkassen, private Finanzierung des Gesundheitssystems	
	Umstieg auf erneuerbare Energieträger	
	Vorratsdatenspeicherung: öffentliche Stellen speichern die Online-Daten der Bürgerinnen und Bürger, auch ohne Anlassfall	
	Abschaffung des ORF als öffentlich-rechtlichen Sender	
	Abschaffung der Pflichtmitgliedschaften bei Arbeiterkammer oder Wirtschaftskammer	

3.1.3 Die Möglichkeiten der politischen Beteiligung ✘

Tragen Sie die Möglichkeiten zur politischen Partizipation ein, die mit der Einrichtung bzw. Institution verbunden sind.



Von der politischen Forderung zur Umsetzung – politische Willensbildung

Politische Willensbildung: Ausgehend von Interessen, Meinungen und Ansichten wird daran gearbeitet, eine politische Überzeugung, ein Ziel oder eine Handlung zu erreichen. Politische Willensbildung ist also die Umsetzung politischer Wünsche in der Wirklichkeit. Es gibt verschiedene Systeme der politischen Willensbildung: In Demokratien werden möglichst viele Meinungen berücksichtigt, in Diktaturen nur die Wünsche eines einzelnen oder einer Minderheit. In der parlamentarischen Republik Österreich erfolgt die Bündelung und Durchsetzung unterschiedlicher Interessen vor allem durch Parteien. Diese werden in gewissen zeitlichen Abständen von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Die stimmenstärkste Partei – oder eine Koalitionsregierung – versucht anschließend, ihr Programm bzw. den Wählerwillen umzusetzen.

Staatsformen: Je nachdem, wer an der Spitze eines Staats steht, unterscheidet man zwischen Monarchien und Republiken. In **Monarchien** liegt die komplette oder teilweise Staatsgewalt in der Hand einer Person (König, Kaiser etc.), die dieses Amt geerbt hat oder gewählt wurde und das Amt meist bis ans Lebensende ausübt. Abgesehen von dieser kleinsten Gemeinsamkeit gibt es unterschiedliche Formen: Bei absoluten Monarchien hat der Monarch alle Befugnisse. Bei konstitutionellen Monarchien ist seine Macht durch eine Verfassung beschränkt. In parlamentarischen Monarchien entscheidet ein Parlament und der Monarch hat nur eine repräsentative Funktion inne. In **Republiken** (lat. = öffentliche Angelegenheit) wählt das wahlberechtigte Staatsvolk Vertreterinnen und Vertreter bzw. Politikerinnen und Politiker, die ihr politisches Programm umsetzen. Da sie wiedergewählt werden wollen, versuchen sie, möglichst viele Forderungen zu erfüllen.

Regierungssysteme: Darunter versteht man die Art und Weise, wie eine Regierung gebildet wird. In **Demokratien** gibt es freie Wahlen, Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Mehrparteiensysteme und die Kontrolle und Trennung der Staatsgewalten. Weiters unterscheidet man zwischen Prozessen der direkten Demokratie (Volksabstimmung, Volksbefragung, Volksbegehren), bei denen das Volk direkt entscheidet, und Mitteln der indirekten Demokratie, bei denen Parteien gewählt werden, um für die Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen zu treffen. Auf **Diktaturen** (totalitär oder autoritär) trifft all dies nicht zu: Der politische Prozess wird angeordnet, wenige Entscheidungsträger beherrschen die Bürgerinnen und Bürger.

Parlamentarische und präsidentielle Regierungssysteme: Je nachdem, wie sich Parlament, Regierung und Staatsoberhaupt aufeinander beziehen, lassen sich zwei Formen der Demokratie unterscheiden. In präsidentiellen

Systemen ist das Staatsoberhaupt zugleich Chef der Regierung. Parlament und Regierung sind strikt getrennt. In parlamentarischen Systemen ist die Regierung von der Zusammenarbeit mit dem Parlament abhängig.



Das Kapitol in Washington D.C., Sitz des Kongresses

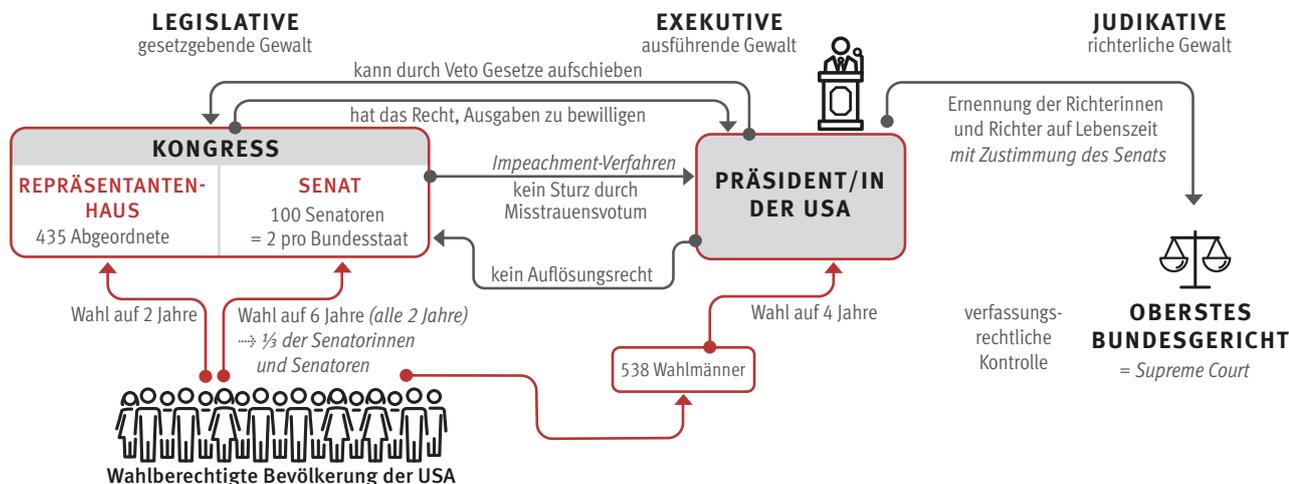
Politische Systeme im Vergleich – USA: Die USA sind die älteste Demokratie der Welt, ihre Verfassung stammt aus dem Jahr 1787. Sie steht beispielhaft für das Präsidialsystem. Der Präsident, alle vier Jahre gewählt, ist Staatsoberhaupt und Regierungschef, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Chef der Bundesverwaltung und oberster Diplomat. Er besitzt außerordentliche Befugnisse. Ein System der Gegengewichte beschränkt seine Macht: Die Gesetzesinitiative geht vom Kongress (Repräsentantenhaus und Senat) aus. Gegen Gesetzesbeschlüsse kann nur der Präsident ein aufschiebendes Veto einlegen. Der Präsident kann den Kongress nicht auflösen, dieser kann jedoch ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn einleiten (= *Impeachment*). Das Mehrheitswahlrecht führt in den USA dazu, dass nur zwei Parteien (Republikaner und Demokraten) im Parlament sitzen.

Politische Systeme im Vergleich – Österreich: Österreich ist eine parlamentarische Demokratie. Bei den Nationalratswahlen (alle fünf Jahre) werden die Parteien in den Nationalrat gewählt. Das Verhältniswahlrecht bewirkt, dass sich die Anzahl der Parteien im Parlament von Wahl zu Wahl ändern kann. Die stimmenstärkste Partei bildet in der Regel die Regierung und stellt den Bundeskanzler. Dieser ist allen Ministern gleichgestellt und kann keine Weisung erteilen. Separat gewählt wird der Präsident als Staatsoberhaupt (alle sechs Jahre). Dieser verfügt über umfassende Rechte (z. B. Entlassung der Bundesregierung), macht von ihnen aber in der Regel keinen Gebrauch. Als nomineller Oberbefehlshaber des Bundesheers hat der Präsident keine unmittelbare militärische Befehlsgewalt.

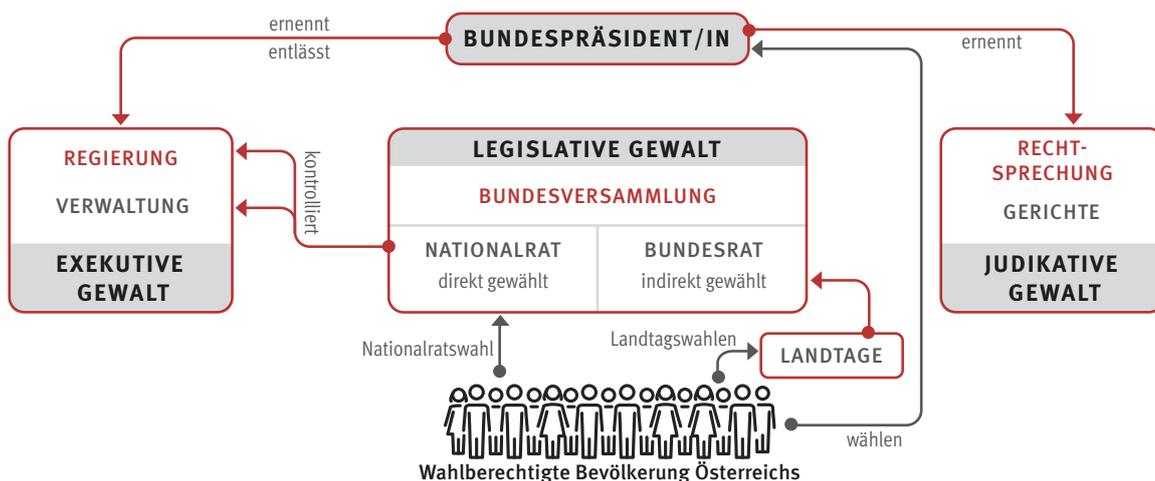
3.1.4 Politische Systeme im Vergleich: USA, Österreich und Iran

Analysieren Sie die schematischen Darstellungen (M1 – M3). **Vergleichen** Sie anschließend die Systeme miteinander. Das politische System des Iran wird als islamische Republik bezeichnet – **erläutern** Sie, welche Elemente religiös und welche weltlich-republikanisch sind.

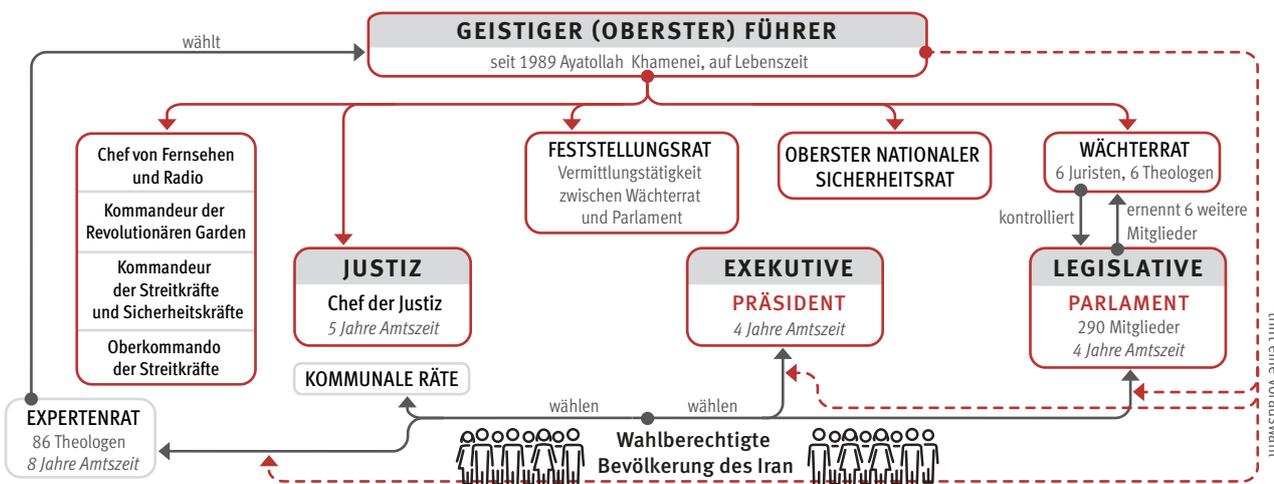
M1: Das politische System der USA



M2: Das politische System Österreichs



M3: Das politische System des Iran



3.1.5 Das politische System Österreichs als Planspiel

In diesem Planspiel simulieren Sie das politische System Österreichs. Sie erstellen zunächst eine Partei, veranstalten einen kurzen Wahlkampf und organisieren anschließend eine Wahl. Auf Basis dieser Wahl wird nun eine Regierung gebildet, die ihre Gesetzesvorschläge im Parlament durchbringen will. Die Spielanleitung und Spielregeln für das Planspiel finden Sie auf Seite 62.

Terror, Politikverdrossenheit und Diktaturen – aktuelle Herausforderungen der Demokratie

Transformation der Demokratie: Die Globalisierung hat die nationalen Demokratien verändert: Probleme wie Klimawandel, Terrorismus oder die Neuregulierung der Finanzmärkte nach der Bank- und Finanzkrise 2008 lassen sich nur international lösen. Vielfach sind es jedoch nichtdemokratische und globale Institutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds etc.), die den nationalen Parlamenten ihre Regeln aufzwingen. NGOs (Nichtregierungsorganisationen) sind weitere politische und nichtdemokratische Akteure, die z. B. durch Lobbying politische Entscheidungen beeinflussen. Angesichts der dynamischen weltpolitischen Lage scheinen die parlamentarischen Prozesse unangemessen träge. Ein weiterer Faktor der Veränderung ist die voranschreitende Digitalisierung: *Bots* (= automatisierte Programme im Internet) manipulieren das Wahlverhalten, so genannte *Fake News* werden von vielen Bürgerinnen und Bürgern als seriöse Information missverstanden.

Krisen der westlichen Demokratien: Blickt man auf die seit Jahren sinkende Wahlbeteiligung oder auf das abflauende Engagement in den Parteien, so ist erkennbar, dass das Interesse der Menschen an Politik abnimmt. Die Gründe dafür sind vielfältig und haben mit Politikverdrossenheit und einem Vertrauensverlust den politischen Institutionen gegenüber zu tun. Die Menschen haben vielfach nicht mehr das Gefühl, dass die bestehende Politik ihre Probleme löst. Der Politikwissenschaftler Colin Crouch spricht von **Postdemokratie**: Die politischen Institutionen sind letztlich nur noch leere Hüllen, während Politik von einer kleinen Elite gelenkt wird. Außerdem sind der Politik in den letzten Jahrzehnten die großen Themen abhandengekommen, große ideologische Fragen gibt es nicht mehr. Stattdessen ist die Welt vielschichtig und komplex geworden. Vielleicht ist die sinkende Wahlbeteiligung aber auch Ausdruck des Gegenteils: Die Mehrzahl der Menschen in der westlichen Welt empfindet eine funktionierende Demokratie als normal. Demokratie ist also nichts, wofür man sich besonders interessieren müsste.

Expertinnen und Experten meinen, dass eine Reform der Demokratie notwendig sei: Dazu gehören etwa Alternativen zur Parteiendemokratie, von der sich immer weniger Menschen vertreten fühlen. Konzepte wie eine Stärkung der direkten Demokratie oder der elektronischen Partizipationsmöglichkeiten (E-Demokratie) könnten ein Schlüssel zum Erfolg sein.

Die Reformen haben freilich auch Schwachstellen: Die direkte Demokratie kann zu radikalen Entscheidungen (z. B. Ja zur Todesstrafe) oder zu Ergebnissen führen, die schwer rückgängig gemacht werden können (z. B. Brexit). Umstritten ist, wie weit die direkte Demokratie gehen soll.

Eine erhöhte Beteiligung mittels elektronischer Medien birgt Sicherheitsrisiken (z. B. Unregelmäßigkeiten bei den US-Wahlen 2017).

Die liberale Demokratie auf dem Rückzug: Von 167 Staaten beziffert der Demokratieindex der Zeitschrift *The Economist* (2018) nur 20 Länder als vollständige Demokratien, weitere 55 sind unvollständige Demokratien. Der Rest gehört zur Kategorie der Hybridregime (39) oder der autoritären Regime (53). Während die liberale Demokratie nach dem Ende des Kalten Kriegs in vielen Staaten ihren Siegeszug antrat, ist heute international eine Rückkehr zu semi-autoritären Systemen erkennbar, wie etwa Russland zeigt: Nach dem Zerfall der Sowjetunion war auch Russland auf dem Weg zur Demokratie. Seit der Präsidentschaft von Vladimir Putin ist aber ein autoritärer Kurs politisch bestimmend.

Gleiches gilt für die Türkei, wo seit der Regierung Recep Tayyip Erdoğans der Staat von einer parlamentarischen zu einer präsidialen Demokratie umgebaut wurde. Gleichzeitig wurden Grund- und Bürgerrechte beschnitten: Journalisten wurden ohne Grund verhaftet, tausende vermeintlich regierungsfeindliche Beamte pauschal gekündigt und verhört. In etlichen osteuropäischen Ländern zeigen sich ebenfalls autoritäre Entwicklungen: In Polen versuchte die rechtskonservative Regierung über die Bestellung von Richterposten (2017) zu verfügen. In Ungarn sind es Ministerpräsident Viktor Orbán und die nationalkonservative FIDESZ, die den Beamtenapparat mit eigenen Leuten besetzen und Medien und NGOs strengerer Kontrollen unterwerfen. Gegen Polen läuft ein Vertragsverletzungsverfahren der EU, um die Rechtsstaatlichkeit zu schützen.

Demokratie und Wandel: Andere Fachleute sehen keine Krise der Demokratie, sondern sprechen von Anpassungsprozessen. Stetiger Wandel und Veränderung gehören zu jeder funktionierenden Demokratie, darin liegt ihre Stärke. Winston Churchill formulierte es 1947 so: „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Neue Möglichkeiten politischer Partizipation, etwa jenseits der Parteien, zeichnen sich ab. Protest und politisches Engagement werden heute anders gelebt (Flashmobs, Shitstorms, Soziale Medien) als noch Mitte des letzten Jahrhunderts (Umzüge, Versammlungen, Vereine). Die Straße als politischer Ort wird durch die Sozialen Medien ergänzt. Was letztlich am deutlichsten für die liberale Demokratie spricht: Alle liberalen Demokratien gehören zu den am stärksten entwickelten und wohlhabendsten Ländern der Erde. Menschenrechte, Pluralismus und Wohlstand fördern einander.

3.1.6 Politische Computerspiele



Spielen Sie folgende digitale Spiele (dabei handelt es sich um Vorschläge!) oder sehen Sie sich Ingame-Videos auf YouTube an. **Vergleichen** Sie die Spiele anschließend hinsichtlich der politischen Bezüge miteinander.

Analysieren Sie die Spiele mit den hier vorgestellten Konzepten und Begrifflichkeiten: Welche politischen Systeme werden gezeigt? Welche Form der Spielerpartizipation findet statt? Welche Teile politischer Systeme beleuchten diese Spiele? **Vorschläge:** *Democracy 3, Urban Empire, 1979 Revolution: Black Friday, Beholder 1 & 2, Lost Phone Stories.*

Podiumsdiskussion: Sie können diese Arbeitsaufgaben auch als Podiumsdiskussion organisieren und unter dem Titel „Lernend spielen – spielend lernen? Politisches Lernen anhand von Computerspielen“ durch einen Moderator/eine Moderatorin angeleitet diskutieren.

3.1.7 Null Bock auf Politik?!



Jugendliche gelten gemeinhin als wenig an Politik interessiert und kaum mobilisierbar – oder sind das alles nur Vorurteile? **Definieren** Sie den Begriff „Politikverdrossenheit“, etwa mit dem Lexikon der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de/nachschlagen/lexika/) oder dem Lexikon von Zentrum polis (www.politik-lexikon.at).

Arbeiten Sie die zentralen Argumente des Autors in M heraus und **bewerten** Sie diese. Schreiben Sie anschließend einen Leserbrief, der auf M Bezug nimmt, Ihre Sicht auf die Politikverdrossenheit der Jugendlichen **darstellt** und Ideen **entwirft**, Jugendliche wieder für Politik zu gewinnen.

M Zur Polit-Jugenddiskussion am vergangenen Samstag in Imst

Mag. Philipp Scheiring, Leiter Jugendzentrum Imst

[...] Experten sind sich einig. Viele Menschen haben genug von Politik, sind enttäuscht, verärgert und interessieren sich deshalb nicht mehr dafür. Den Vorwurf, an Politik überdrüssig zu sein, müssen sich vor allem junge Menschen gefallen lassen. Doch woran liegt diese Abkehr?

Die Antwort ist einfach: In Wirklichkeit wollen wir weder kritische Jugendliche als Wählerschicht noch unabhängige und selbstbestimmte Jugendliche in der Politik. Schuld daran ist ein auf Macht und Herrschaft ausgerichtetes neoliberales Gesellschaftssystem, ein System, das den Menschen zum Stimmvieh, Humankapital und Konsumenten degradiert. Dass Jugendliche durch ihre Sozialisation in einem derartig unfreien Gesellschaftssystem abgestumpft werden, liegt meiner Meinung auf der Hand.

Die Frage „Warum rebelliert die Jugend nicht gegen die öffentliche Verblödung?“ beantwortet der Jugendkulturforscher Bernhard Heinzlmaier so: „Weil man als blöder Mensch gut leben kann, solange die wirtschaftliche Situation gut ist. Die hohe Attraktivität der Konsumangebote bindet die Energie der Jugend und löst ihre Kritik auf. Die Leute lassen sich lieber unterhalten, als sich kritisch mit den Verhältnissen auseinander zu setzen.“

Unser marktorientiertes Gesellschaftssystem schafft sozusagen den Nährboden für dieses scheinbare Desinteresse junger Menschen an Politik. Insbesondere unser (Aus-) Bildungssystem ist darauf ausgerichtet, dass es eben keine freidenkenden, selbstbestimmten und selbstreflektierten junge Menschen hervorbringt, sondern vielmehr ein Interesse daran hat, einen Menschentypus gleichgeschalteter, uniformer und unkritischer Konsumenten zu formen.

In Anbetracht dieser Tatsache stellt sich mir die Frage, wie sich junge Menschen jemals ernsthafte Gedanken über Politik machen sollen und sich kreativ am politischen Prozess beteiligen können, wenn uns von klein auf beigebracht wird, „still sitzen zu müssen“, „keine Fragen zu stellen“ und „schön brav den Mund zu halten“?

Anstatt von Politikverdrossenheit zu sprechen, vermute ich viel mehr eine Art „Parteienverdrossenheit“ als ein

generelles Desinteresse an Politik. Begünstigt durch ein elitäres Politikverständnis und durch eine parteipolitische Interessensvertretung wird maximal eine tiefere Kluft zwischen „normalen“ Jugendlichen und politisch interessierten Jugendlichen, die einer Partei angehören und innerhalb dieser Gruppierungen eine Art Kaderschmiede durchlaufen, hervorgerufen.

Dasselbe in GRÜN, ROT, BLAU, SCHWARZ. Das durchwegs unbefriedigende Resultat ist die Bildung politischer Eliten, einer Klasse an Jungpolitikern, welche meist dieselben politischen Pfade beschreiten, wie die sogenannten „alten Hasen“, wodurch maximal ein verkrusteter und repressiver Politikstil unreflektiert von der neuen Generation übernommen und exakt auf dieselbe Art und Weise fortgeführt wird. Auch die jungen „Berufspolitiker“ können dieses Problem scheinbar nicht lösen, weil scheinbar zu brav, zu konventionell, zu unkreativ und vor allem deshalb nicht, weil sie sich nicht von veralteten Strukturen lösen können.

Was dabei auf der Strecke bleibt sind die Interessen der Jugend. Die Jugend findet keinen Platz in diesem überholten System der Interessensvertretung, sie hat keine „Lust“ sich aktiv zu beteiligen und muss sich dadurch stets den Vorwurf, nicht an Politik interessiert zu sein, gefallen lassen. Junge Menschen sehen sich von den meisten Politikern und Politikerinnen eben nicht verstanden, nicht ernstgenommen und deshalb auch nicht adäquat vertreten. Warum soll ich mich dann als Jugendlicher für etwas interessieren, was ich selbst nicht bin?

Wenn man wirklich Politik für junge Menschen machen möchte, dann sollte man erstens ihre Lebenswelten kennen und verstehen lernen und sich in weiterer Folge von vorgefertigten, gesteuerten Parteiinteressen lösen und Jugendliche unabhängig von sozialem Status, Bildung und ideologischer Ausrichtung ernst nehmen und gleichermaßen ansprechen. Der Jugend muss eine echte Stimme gegeben werden. Und das nicht nur in Wahlkampfzeiten, mit dem Ziel möglichst viele Stimmen auf das jeweilige „Parteikonto“ verbuchen zu können.

meinbezirk.at (www.meinbezirk.at/imst/c-politik/leserbrief-jugend-und-politikverdrossenheit_a1645335; letzter Zugriff: 5.2.2019)